

**„... zu achten und
zu schützen ...“**

Veränderung schafft Halt.

Grundsatzprogramm
in Einfacher Sprache



Zusammenfassung des Grundsatz-Programms von der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die ganze Partei hat fast drei Jahre lang an diesem neuen Grundsatz-Programm gearbeitet. Viele Menschen aus der Partei haben mitgemacht: Neue Mitglieder und Menschen, die schon lange dabei sind. Menschen mit einem bestimmten Amt und Menschen ohne Amt in der Partei. Menschen aus Bundesländern, wo die Grünen gerade regieren, und Menschen aus Bundesländern, wo die Grünen nicht regieren. Die Menschen haben auf vielen Veranstaltungen an verschiedenen Orten über das Grundsatz-Programm diskutiert. Wir haben auch mit verschiedenen Gruppen und mit Bürgerinnen und Bürgern darüber gesprochen. Und wir haben am Schluss allen Mitgliedern der Partei zwei Monate Zeit gegeben, um ihre Meinung dazu zu sagen.

Das Grundsatz-Programm ist in einer schwierigen Zeit fertig geschrieben worden: nämlich während der Corona-Krise. Die Corona-Krise betrifft die ganze Welt. Wir sehen jetzt, dass unsere Gesellschaft leicht verletzt werden kann. Aber wir haben auch einen neuen Blick auf die Welt bekommen: Manche Probleme sind jetzt deutlicher zu sehen. Und manche Dinge, die wir gewohnt waren, sind nicht mehr so sicher. Wir können aus der Corona-Zeit lernen, dass wir zusammen etwas verändern können, aber dass wir dafür viel Kraft brauchen. Solche Veränderungen dauern auch lange. Und wir müssen alle dafür zusammenarbeiten. Diese Krise ist ein guter Moment, dass wir etwas darüber sagen, wie wir uns die Zukunft vorstellen.

Wir wollen mit unserem Grundsatz-Programm nicht nur eine neue Zeit für unsere Partei beginnen. Wir wollen auch eine neue Zeit für die ganze Politik beginnen. Unsere Gesellschaft soll krisenfest werden. Das heißt, sie soll mit Krisen in Zukunft gut umgehen können. Dafür brauchen wir einige Veränderungen: Wir müssen neu darüber nachdenken, was Wohlstand ist. Wohlstand bedeutet nicht

nur, dass man viel Geld hat. In Zukunft soll Wohlstand auch bedeuten, dass man in einer gesunden Umwelt lebt und dass man das Klima nicht zerstört. Wohlstand soll auch bedeuten, dass alle gut leben können und dass alle gerecht behandelt werden. Und Wohlstand soll bedeuten, dass wir so leben, dass wir auch später noch eine gesunde Welt haben. Wir sorgen also für später vor.

Damit wir mit Krisen in Zukunft gut umgehen können, müssen die Menschen zusammenhalten. Und die Politik muss sich darum kümmern, dass die Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von Menschen nicht zu groß werden. Alle Gruppen sollen die gleichen Rechte und die gleichen Möglichkeiten haben: Menschen auf dem Land und in der Stadt, junge Menschen und alte Menschen, Menschen aus anderen Ländern und Menschen von hier, Frauen und Männer. Alle Menschen sollen vor Angriffen geschützt werden und mit Respekt behandelt werden.

Das Grundsatz-Programm sagt uns als Partei, wie wir in den nächsten Jahren arbeiten sollen. Es ist auch die Grundlage für unser Wahlprogramm. In einem Wahlprogramm steht, warum die Menschen uns wählen sollen. Wir brauchen das Wahlprogramm für die nächste Wahl im Jahr 2021.

Im Mittelpunkt von dem Grundsatz-Programm stehen die Menschen in der Gesellschaft und unsere Werte: Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden. Unsere Werte sind das, was am wichtigsten für uns ist. Manchmal passiert es, dass einige von den Werten nicht so gut zusammenpassen. Dann müssen wir diskutieren, wie wir sie am besten zusammenbringen.

Das Grundsatz-Programm besteht aus acht Kapiteln. Hier kommt eine Zusammenfassung von jedem Kapitel:

KAPITEL 1

Lebensgrundlagen schützen



Bild: Getty Images

Eines von den größten Problemen auf der Welt ist die Klima-Krise. Klima-Krise heißt, dass die Temperatur auf der Welt im Durchschnitt immer mehr steigt. Dadurch können viele Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren. Das heißt: Sie können in ihrem Land nicht mehr gut leben. Die Politikerinnen und Politiker müssen unbedingt etwas dagegen tun. Sie müssen bei jeder Entscheidung überlegen: Ist das in Ordnung für unsere Erde? Oder schadet das der Erde noch mehr? Technischer Fortschritt kann auch gegen die Klima-Krise helfen. Technischer Fortschritt sind zum Beispiel neue technische Erfindungen oder die Verbesserung von Technik, die es jetzt schon gibt. Wichtig ist aber: Die Technik soll versuchen, die Probleme zu verhindern, bevor sie entstehen. Man soll sich nicht darauf verlassen, dass die Technik die Probleme später lösen kann, wenn sie schon da sind.

Genauso ist es auch bei den Problemen, die für die Menschen wegen der Klima-Krise entstehen können. Die Politikerinnen und Politiker sollen versuchen, diese Probleme zu verhindern, bevor sie da sind. Wegen der Klima-Krise muss es in unserer Gesellschaft viele Veränderungen geben. Die Politikerinnen und Politiker müssen aber darauf achten, dass alle Bürgerinnen und Bürger trotzdem weiter gerecht behandelt werden. Ein Beispiel dafür ist: In Zukunft soll der Strom nicht mehr aus Öl und Kohle kommen, sondern zum Beispiel aus Windkraft und Sonnenkraft. Windkraft und Sonnenkraft sind nämlich besser für das Klima. Das bedeutet, dass die Kohle-Fabriken schließen müssen und viele Menschen darum ihre Arbeitsstelle verlieren können. Die Politikerinnen und Politiker sollen nicht warten, bis das passiert ist. Sondern sie sollen schon vorher versuchen, dass diese Menschen direkt eine neue Arbeitsstelle bekommen, zum Beispiel in einer Fabrik für Windkraft-Anlagen.

Weitere Beispiele für Gerechtigkeit in der Gesellschaft sind: Jede Bürgerin und jeder Bürger soll Zugang zu Wasser und Strom haben und sich das auch leisten können. Alle sollen genügend Geld haben, um gut zu leben und dabei auch die Umwelt nicht kaputt zu machen. Wenn man zum Beispiel gutes Essen kaufen soll, das der Umwelt nicht schadet, dann braucht man auch genügend Geld dafür. Die Regierung soll dafür sorgen, dass alle genügend Geld haben. Sie kann das zum Beispiel so machen: Wenn eine Firma besonders umweltschädliche Produkte herstellt, dann muss sie mehr Steuern bezahlen. Das soll ein Ausgleich dafür sein, dass die Firma der Umwelt schadet. Dieses Steuergeld sollen dann die Bürgerinnen und Bürger bekommen.

KAPITEL 2

In die Zukunft wirtschaften



Bild: Getty Images

Die Wirtschaftspolitikerinnen und Wirtschaftspolitiker sollen sich darum kümmern, dass wir in Deutschland in Zukunft eine sozial-ökologische Marktwirtschaft haben. Marktwirtschaft heißt, dass die Firmen selbst entscheiden, was sie herstellen wollen, und dass die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden, was sie kaufen wollen. Die Firmen legen auch die Preise für die Produkte fest und dürfen später den Gewinn behalten. Sozial-ökologische Marktwirtschaft heißt aber, dass die Regierung bestimmte Regeln für die Firmen macht. Die Regeln sind dafür da, dass es allen Menschen und auch der Umwelt gut geht. Die Firmen dürfen also nicht die Umwelt zerstören oder den Arbeiterinnen und Arbeitern in ihrer Firma zu wenig Lohn bezahlen.

Wir müssen aber auch die Firmen unterstützen. Viele Firmen erfinden zum Beispiel neue Produkte und arbeiten so auch daran mit, dass wir die Klimakrise verhindern können oder dass es den Menschen in der Gesellschaft besser geht. Das heißt, sie arbeiten an einer guten Zukunft mit. Für die Firmen ist es wichtig, dass sie Regeln bekommen, die sich nicht zu oft ändern. Und für sie ist auch wichtig, dass die Behörden schnell arbeiten, wenn sie diese Regeln in den Firmen überprüfen. Dann können die Firmen besser weitermachen.



Bild: Getty Images/iStockphoto

Für Deutschland und die anderen Länder in Europa ist es wichtig, dass Grundstoffe weiterhin in Deutschland hergestellt werden. Grundstoffe sind zum Beispiel Glas, Papier oder Aluminium. Diese Grundstoffe braucht man, um viele weitere Dinge in Fabriken herzustellen. Wenn die Grundstoffe in Europa hergestellt werden, dann sind wir nicht so abhängig von anderen Ländern außerhalb von Europa. Manche Dinge werden bisher noch gar nicht in Deutschland hergestellt. Das sind zum Beispiel bestimmte Materialien, die man für die Medizin braucht. Oder für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit lebensnotwendigen Dingen, zum Beispiel mit Strom und Wasser. Das soll sich ändern. In Zukunft sollten wir auch diese Dinge in Europa herstellen.



Bild: Getty Images/iStockphoto

Besonders wichtig ist auch unsere Währung, der Euro. Viele europäische Länder haben vereinbart, dass sie eine gemeinsame Währung haben wollen. Man nennt das Währungs-Union. Diese Währungs-Union ist aber noch nicht ganz fertig. In manchen Ländern von der Währungs-Union kann man immer noch nicht mit dem Euro bezahlen. Die Politikerinnen und Politiker sollen daran arbeiten, dass die Währungs-Union jetzt fertig wird. In Zukunft soll der Euro die Leitwährung werden. Das bedeutet, dass er die wichtigste Währung in Europa ist und man fast überall mit ihm bezahlen kann.

KAPITEL 3

Fortschritt gestalten



Bild: Getty Images

Wir haben viele Probleme und Krisen auf der Welt. Um sie zu lösen, brauchen wir viele neue technologische Erfindungen. Das nennt man auch Fortschritt. Wir brauchen dafür gute Forschung und müssen genügend Geld für diese Forschung ausgeben. Bei jeder neuen technologischen Erfindung muss man aber vorher genau hinsehen: Hilft sie der Gesellschaft wirklich? Kann sie auch gefährlich sein oder unangenehme Folgen haben?

KAPITEL 4

Zusammen leben



Bild: Getty Images

Wenn es viele Krisen gibt, dann ist es besonders wichtig, dass die Gesellschaft stark ist. Eine Gesellschaft ist schwach, wenn sich die einzelnen Gruppen nicht mehr verstehen: zum Beispiel alte und junge Menschen oder Menschen in der Stadt und auf dem Land. Aber eine Gesellschaft ist stark, wenn alle Menschen verschieden sein dürfen und wenn die Menschen gut zusammenhalten. Die Politikerinnen und Politiker müssen daran auch mitarbeiten: Sie müssen zum Beispiel dafür sorgen, dass die Menschen auf dem Land und in der Stadt gleich gut leben können und die gleichen Möglichkeiten haben.



Bild: Getty Images

Auch eine gute Gesundheits-Versorgung ist wichtig für eine starke Gesellschaft. Die Gesundheits-Versorgung soll den Menschen helfen. Und sie soll nicht dafür da sein, dass einzelne Menschen damit sehr viel Geld verdienen. Deshalb brauchen wir zum Beispiel neue Regeln für Krankenhäuser. Diese Regeln müssen festlegen, welchen Lohn die Krankenhäuser ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bezahlen müssen und wie gut sie die kranken Menschen versorgen müssen. Ohne diese Regeln gibt es nämlich die Gefahr, dass manche Krankenhäuser an der Versorgung von den Menschen oder an der Bezahlung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sparen. Und zwar deshalb, damit die Besitzer von den Krankenhäusern mehr Gewinn machen. Insgesamt gilt: Die Krankenhäuser sollen danach bewertet werden, wieviel sie für die Gesellschaft tun.

KAPITEL 5

Demokratie stärken

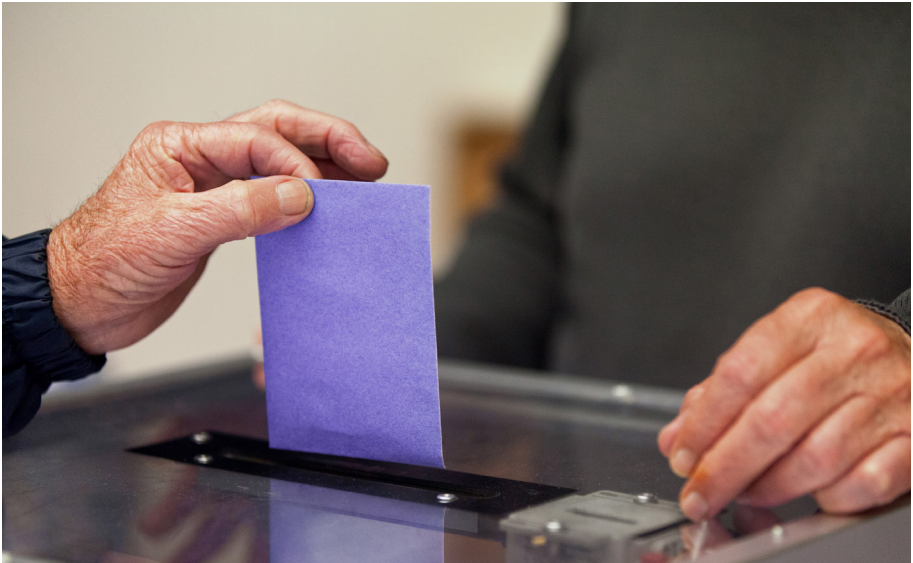


Bild: Getty Images/iStockphoto

Demokratie heißt, dass die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden dürfen, was in ihrem Land passiert. Für die Demokratie ist es sehr wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die Politik haben. Wenn dieses Vertrauen weg ist, dann ist auch die Demokratie in Gefahr. Und dann kann es passieren, dass sich die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr an die Regeln halten und nicht mehr an einer guten Gesellschaft mitarbeiten.

Damit die Bürgerinnen und Bürger der Politik vertrauen, müssen sie immer wieder die Möglichkeit haben, ihre Meinung sagen zu können. Dafür kann man zum Beispiel Bürgerräte machen. Das sind Versammlungen von Bürgerinnen und Bürgern, die gemeinsam über bestimmte Themen sprechen. Anschließend machen sie den Politikerinnen und Politikern dann Vorschläge.

Besonders wichtig ist auch, dass wir die Demokratie vor Extremisten schützen. Das sind Menschen, die eine extreme Meinung haben und diese Meinung oft auch mit Gewalt durchsetzen wollen. Ein Beispiel dafür sind Rechtsextremisten. Sie wollen keine Menschen aus anderen Ländern in Deutschland haben und finden, dass die Deutschen besser sind als andere Menschen. Ein anderes Beispiel dafür sind Islamisten. Sie haben den Islam als Religion und akzeptieren keine anderen Religionen. Diese Menschen sind gefährlich für die Demokratie und für die Rechte und die Freiheit von allen Bürgerinnen und Bürgern.



Bild: Getty Images/iStockphoto

Die Regierung muss die Demokratie vor den Extremisten beschützen. Darum müssen sich verschiedene Behörden, aber vor allem die Polizei kümmern. Die Polizei braucht dafür genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und genügend Geld. Sie braucht aber auch das Vertrauen von den Bürgerinnen und Bürgern. Wenn Polizistinnen und Polizisten einen Fehler machen oder eine Straftat begehen, dann muss das genau untersucht werden. Und sie müssen eine gerechte Strafe dafür bekommen.

Solidarität sichern



Bild: Getty Images

In Deutschland gibt es eine soziale Absicherung für die Menschen. Das bedeutet, dass jeder vor Armut geschützt werden soll und dass jeder Unterstützung bekommen soll, wenn er sie braucht. Man nennt das auch Solidarität: Menschen, die mehr Geld haben, bezahlen für die Menschen mit, die weniger Geld haben. Wir wollen diese soziale Absicherung verbessern. Wir wollen, dass jeder einen gerechten Lohn für seine Arbeit bekommt, von dem er leben kann. Dafür braucht man auch einen höheren Mindestlohn. Wenn zwei Menschen die gleiche Arbeit machen, dann sollen sie auch den gleichen Lohn dafür bekommen. Und die Menschen müssen durch das Arbeits-Recht geschützt werden. Zum Beispiel davor, dass sie ihre Arbeitsstelle plötzlich verlieren oder dass sie mehr arbeiten müssen, als erlaubt ist.

Wenn jemand lange keine Arbeit hat, dann bekommt er in Deutschland Grundsicherung. Diese Grundsicherung ist im Moment zu niedrig. Wir wollen, dass sie höher wird. Kinder sollen auch eine Grundsicherung bekommen. Wenn Menschen Grundsicherung bekommen und wieder ein bisschen anfangen zu arbeiten, dann soll ihnen dieser Lohn nicht weggenommen werden. Wenn jemand selbstständig ist, also nicht als Angestellte oder Angestellter arbeitet, dann soll die Person bessere Möglichkeiten für die Versicherung bekommen. Sie soll also leichter eine Gesundheitsversicherung, eine Rentenversicherung und eine Arbeitslosenversicherung bekommen.

KAPITEL 7

In Bildung investieren



Bild: Getty Images

Alle Kinder sind verschieden und lernen auch unterschiedlich schnell. Damit sich die Lehrerinnen und Lehrer um jeden einzelnen kümmern können, brauchen wir kleinere Klassen. In jeder Klasse sollen weniger als 20 Kinder sein. Alle Lernmittel an der Schule sollen kostenlos für die Kinder sein. Das gilt zum Beispiel für Bücher, aber auch für Computer. Für beide Dinge brauchen die Schulen genügend Geld. Darum wollen wir mehr Geld in Bildung investieren, also mehr Geld für Bildung ausgeben. Unser Vorschlag ist, dass man dafür Steuer-Gelder benutzt, die von besonders reichen Menschen kommen. Oder von Menschen, die etwas geerbt haben. Diese Menschen sollen in Zukunft mehr Steuern zahlen.

KAPITEL 8

International zusammen arbeiten



Bild: Getty Images

Wenn alle Länder in Europa zusammenarbeiten, dann sind sie stärker als jedes Land für sich. Darum finden wir, dass die Europäische Union sich noch weiterentwickeln soll. Die Europäische Union ist eine Gruppe von 27 Ländern aus Europa, die sich zusammengeschlossen haben. Die Abkürzung dafür ist EU. In Zukunft soll die EU noch mehr wie ein großes Land werden. Sie soll zum Beispiel eine stärkere gemeinsame Außenpolitik haben. Das heißt, die Länder der EU sollen alle gemeinsam mit den anderen Ländern auf der Welt verhandeln. Und nicht jedes Land aus der EU für sich.

Wenn die Länder in der EU eine Entscheidung zur Außenpolitik treffen, dann müssen sich im Moment alle Länder einig sein. Das soll sich ändern. Denn manchmal dauert es jetzt sehr lange, bis sie eine Entscheidung getroffen haben. Oder sie können gar keine Entscheidung treffen, weil sie sich nicht einig sind. In Zukunft soll es ausreichend sein, wenn sich die Mehrheit von den Ländern einig ist.



Bild: Getty Images/iStockphoto

Die Länder der EU sollen sich auch gemeinsam verteidigen, falls jemand die EU oder eines von den Ländern der EU angreifen will. Dafür sollen die Länder eine Sicherheits-Union machen. Sie sollen sich zusammen um die Verteidigung kümmern und alle zusammen dafür bezahlen – und nicht jedes Land für sich. Das Parlament von der EU soll diese Verteidigungs-Union kontrollieren. Im Parlament sind Vertreterinnen und Vertreter von jedem Land der EU.

Die Länder der EU sollen keine Waffen mehr an Länder verkaufen dürfen, in denen die Menschenrechte nicht beachtet werden oder in denen die Menschen nicht frei sind. Und auch nicht an Länder, in denen Krieg herrscht. Sie sollen auch keine Rüstungsgüter in diese Länder verkaufen. Rüstungsgüter sind zum Beispiel Kampf-Flugzeuge oder andere Dinge, die man zum kämpfen braucht. Wenn man trotzdem Waffen oder Rüstungsgüter in solche Länder verkauft, dann soll man eine Strafe bekommen.

Der Hintergrund vom Grundsatz-Programm

Dieses Grundsatz-Programm ist das vierte Grundsatz-Programm von der Partei Die Grünen. Das erste Programm ist im Jahr 1980 geschrieben worden. Das war direkt nach der Gründung von der Partei. Das zweite Programm ist im Jahr 1993 geschrieben worden. Das war, nachdem die zwei Teile von Deutschland wieder vereint worden sind. Auch in der Partei haben sich damals zwei verschiedene Teile zusammengeschlossen. Der eine Teil kam aus Ost-Deutschland und der andere Teil aus West-Deutschland. Das dritte Programm ist im Jahr 2002 geschrieben worden. Die Partei hat zu dieser Zeit gerade in der Regierung von Deutschland mitgearbeitet und wollte über die Zukunft nachdenken. Das vierte Programm ist aus dem Jahr 2020. Gerade ist die Corona-Krise und wir wollen darüber sprechen, wie die Gesellschaft besser mit Krisen umgehen kann.

Impressum

Herausgeber*in

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Telefon: +49 30 28442-0

Fax: +49 30 28442-210

E-Mail: info@gruene.de

Internet: gruene.de

V. i. S. d. P.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Annkathrin Schäfer

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Layout/Satz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bundesgeschäftsstelle